

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

17. Wahlperiode

Haushalts- und Finanzausschuss

24. Sitzung am 02.03.2017
– Öffentliche Sitzung –

Beschlussprotokoll

– Teil 1 –

	Beginn der Sitzung:	Ende der Sitzung:
Öffentliche Teile:	10:08 Uhr	11:52 Uhr
	12:28 Uhr	12:48 Uhr
	12:55 Uhr	14:16 Uhr
Nicht öffentlicher Teil:	11:52 Uhr	12:28 Uhr
Unterbrechung der Sitzung:	12:48 Uhr	12:55 Uhr

1. **Punkte 4 und 5** der Tagesordnung:

4. Rundschreiben des Finanzministeriums zum Vollzug der Landesbauordnung vom 29. Oktober 2015

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT
Fraktion der CDU
– Vorlage 17/952 –

5. Bundesverfassungsgericht erklärt Regelung im rheinland-pfälzischen Besoldungsrecht für verfassungswidrig

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT
Fraktion der CDU
– Vorlage 17/989 –

Die Anträge – Vorlagen 17/952/989 – werden gemäß § 76 Abs. 2 Satz 3 Vorl. GOLT mit Einverständnis der Antragstellenden und der Landesregierung mit der Maßgabe für erledigt erklärt, dass die Landesregierung dem Ausschuss schriftlich berichtet.

2. **Punkt 1** der Tagesordnung:

Auswirkungen des Urteils des Verfassungsgerichtshofs zur Verfassungswidrigkeit des Landeshaushaltsgesetzes 2014/2015 und des Landesfinanzierungsfondsgesetzes auf die laufenden Haushaltsberatungen

Antrag nach § 76 Abs. 2 i. V. m. § 77 Abs. 1 Vorl. GOLT
Julia Klöckner (CDU), Dr. Adolf Weiland (CDU), Gerd Schreiner (CDU), Bernhard Henter (CDU)
– Vorlage 17/1051 –

Der Ausschuss kommt überein, dass der Tagesordnungspunkt abweichend von § 82 Abs. 1 Satz 2 Vorl. GOLT wörtlich protokolliert wird.

Auf eine Bitte von Herrn Abg. Schreiner sagt Frau Staatsministerin Ahnen zu, dem Ausschuss schriftlich über die Finanzbeziehungen der PLP im Zusammenhang mit dem Pensionsfonds zu berichten und dabei auch die Aufgaben und Arbeitsweise der PLP darzustellen. Ferner wird in dem schriftlichen Bericht auch dargestellt, wie von der PLP ein Betrag von rund 800 Millionen Euro aus dem Pensionsfonds am Finanzmarkt angelegt worden ist, welche vertragliche Beziehungen die PLP mit der TMF eingegangen ist und mit wem in diesem Zusammenhang in welcher Höhe, über welche Laufzeiten und zu welchen Zinssätzen und Fälligkeiten der Zinsen Verträge geschlossen worden sind.

Auf eine Bitte von Herrn Abg. Dr. Weiland sagt Frau Staatsministerin Ahnen zu, die Laufzeit der nordrhein-westfälischen Schuldscheindarlehen dem Ausschuss schriftlich mitzuteilen.

Auf eine weitere Bitte von Herrn Abg. Schreiner sagt Frau Staatsministerin Ahnen zu, Entwürfe der Deckblätter im Zusammenhang mit dem Pensionsfonds allen Fraktionen so schnell wie möglich zugehen zu lassen.

24. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 02.03.2017
– Öffentliche Sitzung –
– Teil 1 –

Der Ausschuss lehnt den mündlich von der Fraktion der CDU gestellten Antrag, die Haushaltsberatungen im Haushalts- und Finanzausschuss bis zur Vorlage der vom Finanzministerium angekündigten Deckblätter auszusetzen, mit den Stimmen der Vertreterin und Vertreter der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Vertreterin und Vertreter der Fraktionen der CDU und AfD ab.

3. **Punkt 3** der Tagesordnung:

Landesgesetz zu dem Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik

Gesetzentwurf

Landesregierung

– Drucksache 17/2159 –

Berichterstatter: Abg. Gerd Schreiner

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Drucksache 17/2159 – zu empfehlen (siehe Vorlage 17/1105 – Anlage 2 –).

4. **Punkt 6** der Tagesordnung:

Über- und außerplanmäßige Ausgaben von erheblicher finanzieller Bedeutung (§ 37 Abs. 4 zweiter Halbsatz der Landeshaushaltsordnung – LHO –)

Unterrichtung

Ministerium der Finanzen

– Drucksache 17/2067 –

Der Ausschuss nimmt von der Drucksache 17/2067 Kenntnis.

5. **Punkt 7** der Tagesordnung:

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im vierten Haushaltsvierteljahr 2016

Unterrichtung

Ministerium der Finanzen

– Drucksache 17/2311 –

Der Ausschuss nimmt von der Drucksache 17/2311 Kenntnis.

6. **Punkt 8** der Tagesordnung:

Berichte der Landesregierung über den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten

Vorlage

Ministerium der Finanzen

– Vorlage 17/1003 –

Der Ausschuss nimmt von der Vorlage 17/1003 Kenntnis.

7. **Punkt 9** der Tagesordnung:

Bericht zur Entwicklung des Liquiditätspools des Landes

Vorlage

Ministerium der Finanzen

– Vorlage 17/1025 –

Der Ausschuss führt eine Aussprache durch.

Der Ausschuss nimmt von der Vorlage 17/1025 Kenntnis.

8. **Punkt 10** der Tagesordnung:

Verschiedenes:

1. Mehrausgaben bei Kapitel 07 82 Titel 633 22 und Kapitel 07 04 Titel 633 03

Herr Vors. Abg. Wansch verweist auf das Schreiben des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz vom 3. Februar 2017 – Vorlage 17/949 –, in dem dieses über Mehrausgaben bei Kapitel 07 82 Titel 633 22 (Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände nach dem Landesaufnahmegesetz sowie Kostentragung für die Aufnahme von ausländischen Personen) und Kapitel 07 04 Titel 633 03 (Jugendhilfe für Leistungsberechtigte ohne gewöhnlichen Aufenthalt und für Deutsche im Ausland) auf der Grundlage der ausgebrachten Kopplungsvermerke informiert.

2. Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rates in seiner Plenarsitzung am 9. Dezember 2016;

hier: Gutachten zur Steuergerechtigkeit in der Großregion Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonie und in Europa

– Vorlage 17/953 –

Herr Vors. Abg. Wansch verweist auf die Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rates.

3. Veräußerung der Geschäftsanteile des Landes Rheinland-Pfalz an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH

An die Berichte von Herrn Staatsminister Lewentz, Herrn Lengermann (Warth & Klein Grant Thornton), Herrn Dr. Elkemann-Reusch (Warth & Klein Grant Thornton) und Herrn Prof. Dr. van der Hout (RAe Kapellmann) schließt sich eine Aussprache an.

Herr Staatsminister Lewentz sagt zu, in einem ersten Schritt den Vertrag den Fraktionen in vertraulicher Form zur Kenntnis zu geben, sobald dieser dem Ministerium vom Notariat zugeleitet worden ist. Mit der Vorlage eines entsprechenden Veräußerungsgesetzes wird die Vertraulichkeit im Hinblick auf den Vertrag aufgehoben.

24. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 02.03.2017
– Öffentliche Sitzung –
– Teil 1 –

Auf Bitte von Frau Abg. Klöckner sagt Herr Staatsminister Lewentz zu, dem Ausschuss eine schriftliche Aufstellung zur Verfügung zu stellen, aus der sich die bisher beim Land Rheinland-Pfalz angefallenen Kosten im Zusammenhang mit der Veräußerung der Geschäftsanteile des Landes Rheinland-Pfalz an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH ergeben.

Frau Staatsministerin Ahnen und Herr Staatsminister Lewentz sagen zu, Entwürfe der Deckblätter im Zusammenhang mit der Veräußerung der Geschäftsanteile des Landes an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH allen Fraktionen so schnell wie möglich zugehen zu lassen.

Hinweis: Punkt 2 der Tagesordnung wurde in nicht öffentlicher Sitzung behandelt (siehe Teil 2 des Protokolls zugleich Beschlussprotokoll).

gez.: Röhrig

Protokollführer

2 Anlagen

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete:

Alt, Dr. Denis	SPD
Haller, Martin	SPD
Köbberling, Dr. Anna	SPD
Schweitzer, Alexander	SPD
Wansch, Thomas	SPD
Bracht, Hans-Josef	CDU
Henter, Bernhard	CDU
Klöckner, Julia	CDU
Schreiner, Gerd	CDU
Weiland, Dr. Adolf	CDU
Joa, Matthias	AfD
Roth, Thomas	FDP
Braun, Dr. Bernhard	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für die Landesregierung:

Ahnen, Doris	Ministerin der Finanzen
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine	Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie
Höfken, Ulrike	Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten
Hubig, Dr. Stefanie	Ministerin für Bildung
Lewentz, Roger	Minister des Innern und für Sport
Mertin, Herbert	Minister der Justiz
Wissing, Dr. Volker	Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Barbaro, Prof. Dr. Salvatore	Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur
Hoch, Clemens	Chef der Staatskanzlei
Weinberg, Dr. Stephan	Staatssekretär im Ministerium der Finanzen

Gäste:

Elkemann-Reusch, Dr. Manfred	Warth & Klein Grant Thornton
Lengermann, Stefan	Warth & Klein Grant Thornton
van der Hout, Prof. Dr. Robin	RAe Kapellmann

Landtagsverwaltung:

Hummrich, Dr. Martin	Ltd. Min. Rat
Perne, Volker	Ltd. Min. Rat
Mayer, Dr. Matthias	Min. Rat
Britzke, Brigitte	Min. Rätin
Röhrig, Helmut	Reg. Direktor im Sten. Dienst des Landtags (Protokollführer)
Scherneck, Beate	Reg. Direktorin im Sten. Dienst des Landtags
Patzwaldt, Damaris	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung
Bicking, Susanne	Hospitantin

Landtag Rheinland-Pfalz
17. Wahlperiode

Vorlage 17/1105
Haushalts- und Finanz-
ausschuss
2. März 2017

An die Mitglieder
des Rechtsausschusses

**Landesgesetz zu dem Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens
über das Deutsche Institut für Bautechnik**
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 17/2159 -

Der federführende Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner 24. Sitzung
am 2. März 2017 beschlossen, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs
der Landesregierung - Drucksache 17/2159 - zu empfehlen.

Der Vorsitzende